




INHALT / SOMMAIRE

	Politik	2
	Organisationen	7
	Dienstleistungen	9
	Verbandsstruktur	10
	Politique	12
	Organisations	17
	Prestations de service	19
	Structure de l'Union	20
	Vertretungen / Représentations	22
	Erfolgsrechnung / Comptes d'exploitation	25
	Vermögensrechnung / Détail de la fortune	26
	Bericht der Revisionsstelle / Rapport des réviseurs	27
	SSV-Mitglieder / Membres de l'UVS	28

POLITIK

Stadt- und Agglomerationspolitik umsetzen!

Die zunehmende Urbanisierung unseres Landes und die damit verbundenen Probleme sowie die neuen Herausforderungen an unser Land, das sich im Rahmen des harten europäischen und weltweiten Wettbewerbs durchsetzen muss, sind von der Politik endlich anerkannt worden.

So wird heute nicht mehr bestritten, dass die Schweiz ein urbanisiertes Land ist, das heisst, dass rund 75 % der Bevölkerung im Stadt- und Agglomerationsbereich wohnen und dass dieses Gebiet auch 80 % der Arbeitsplätze bereitstellt. Auch die Probleme der Kernstädte, der so genannten A-Städte (Städte mit überdurchschnittlich vielen Alten, Armen, Alleinstehenden, Alleinerziehenden, Auszubildenden, Arbeitslosen, Ausländern und Ausländerinnen usw.) sind erkannt.

Die Kernstädte haben geeignete Massnahmen getroffen, um die Finanzen zu sanieren und die Bevölkerungsstruktur zu verbessern. In etlichen Kantonen wurden zudem Ausgleichssysteme vorbereitet oder geschaffen.

Ungelöste Strukturprobleme

Obwohl die städtischen Räume innerhalb der Agglomerationen immer mehr zusammenwachsen, besteht nach wie vor eine kleinräumige politische Struktur.

Entsprechend unserem Staatsaufbau wurde eine Vielzahl von Ansätzen zur Lösung der Agglomerationsprobleme entwickelt. Im Wesentlichen sind es Folgende:

- Freiwillige Zusammenarbeit in der Agglomeration (z.B. Bern, Lausanne, Luzern)
- Kantonalisierung von Kernstadtaufgaben (z.B. Opernhaus Zürich)
- Agglomerationsgesetz (Kanton Freiburg)

- Kantonaler Finanzausgleich zu Gunsten der Kernstädte (z.B. Kanton Bern)
- Erarbeitung von Modellen für die Zusammenarbeit durch die Tripartite Agglomerationskonferenz
- Fusionen (Nuova Lugano, Rapperswil-Jona)

Die Praxis zeigt, dass die Probleme vielerorts noch nicht gelöst sind. Die freiwillige Zusammenarbeit ist in der Regel nur eine Vorstufe. Bei vielen Zusammenarbeitsformen fehlen die Verbindlichkeit und die Mitbestimmung.

Unterschiedliche Rechtsgrundlagen von Gemeinde zu Gemeinde erschweren zum Beispiel einen gemeinsamen Auftritt der Agglomerationen im Bereich der Wirtschaftsentwicklung.

Für die kantonsübergreifenden Agglomerationen fehlen noch Lösungsansätze, und insbesondere im Agglomerationsverkehr nehmen die Probleme stark zu. Kantone sowie Städte und Gemeinden sind deshalb gefordert, gute Lösungen auszuarbeiten und umzusetzen.

Rechtsgrundlagen des Bundes

Sehr lange hat der Bund die demografischen und wirtschaftlichen Veränderungen in unserem Land in seiner Politik überhaupt nicht berücksichtigt. Ebenso hat er seinen eindeutigen Einfluss, den er über seine Sektoralpolitiken auf die Städte und Gemeinden ausübt, kaum wahrgenommen.

Erst mit dem – gegen den damaligen Willen des Bundesrates und der Kantone erzwungenen – Artikel 50 in der neuen Bundesverfassung konnte auf Bundesebene ein Umdenken eingeleitet werden.

Gestützt auf diesen Artikel hat der Bundesrat am 19. Dezember 2001 den Bericht über die Agglomerationspolitik des Bundes gutgeheissen. Im September letzten Jahres hat der Bundesrat zudem das Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren in Kraft gesetzt. Nun gehören die Kommunalverbände, und damit auch der Städteverband, neu zu den ständigen Teilnehmenden.



Ein weiterer Schritt, nämlich die gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik, ist vorerst gescheitert, hat doch der Bundesrat auf Betreiben verschiedener Kantone die Agglomerationspolitik aus der Botschaft zum neuen Gesetz über die Regionalpolitik wieder eliminiert.

Dieser Entscheid zeigt eines klar auf: Die Umsetzung einer Agglomerationspolitik auf Bundesebene sowie die Berücksichtigung der berechtigten Anliegen der städtischen Räume in den Sektoralpolitiken des Bundes stossen vermehrt auf Widerstand. Dies einerseits, weil die heute wieder aufkommende konservative Staatsauffassung sich diesen Bestrebungen entgegenstellt, und andererseits, weil sich die Nutzniesser der bisherigen Bundespolitik gegenüber der Berücksichtigung zusätzlicher Anliegen zur Wehr setzen.

Forderungen an den Bund

Der Städteverband setzt sich deshalb weiterhin mit aller Kraft für die Berücksichtigung der urbanen Anliegen in der Bundespolitik ein und hat wichtige Forderungen an den Bund.

Agglomerationspolitik: Im Bericht des Bundesrates vom 19. Dezember 2001 hat dieser unter anderem folgende Massnahmen postuliert:

- Förderung von Modellvorhaben der Zusammenarbeit in den Agglomerationen durch den Bund. Diese Förderung mit Kosten von Fr. 500 000.– pro Jahr wurde bereits eingerichtet.
- Abstimmung der Sektoralpolitiken auf die Bedürfnisse der Agglomerationen. Diese Massnahme wurde noch nicht umgesetzt.

Die Städte verlangen deshalb, dass beide Massnahmen in das neue Gesetz für die Regionalpolitik aufgenommen oder im Raumplanungsgesetz verankert werden.

Raumordnungspolitik: Der Schweiz. Städteverband erwartet, dass sich der Bund, gestützt auf den Raumentwicklungsbericht 2005, für eine urbane Schweiz mit wettbewerbsfähigen Metropolitanräumen und einem Städtenetz mit starken Klein- und Mittelstädten einsetzt.

Verkehrspolitik: Nachdem der Bund bisher die nationalen Verkehrsnetze massiv ausgebaut hat, ist in den Agglomerationen ein eigentlicher Verkehrsstau entstanden. Dieser muss behoben werden, und zwar sowohl im öffentlichen, wie auch im privaten Verkehr. Der Städteverband erwartet vom Bund, dass dieser die Vorlage für den Infrastrukturfonds, welche gegenwärtig von den eidgenössischen Räten behandelt wird, unter dem vorgesehenen Einschluss des Agglomerationsverkehrs umsetzt.

Kulturpolitik: Aufgrund des neuen Verfassungsartikels muss der Bund seine Koordinations- und Förderungsfunktion in der Kulturpolitik wahrnehmen.

Sozialpolitik: Im Rahmen von Sparmassnahmen hat der Bund in der Vergangenheit diverse Sanierungsprojekte beschlossen (z.B. bei der Arbeitslosenversicherung), die letztlich zu einer Mehrbelastung der kommunalen Fürsorge führten. Die Städte erwarten, dass bei der Revision der Invalidenversicherung keine weiteren Lasten auf die Kommunen abgeschoben werden.

Finanzen/Finanzausgleich: Der Schweizerische Städteverband erwartet, dass der soziodemografische Lastenausgleich ausreichend dotiert wird. Ferner hat der Bund die Kantone anzuhalten, nicht nur die Lasten, sondern auch die Entlastungen an die unteren Stufen weiterzugeben. Gleichzeitig ist der interkantonale Lastenausgleich zu verwirklichen. Die Kantone haben dort, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, analog zu den Regelungen auf nationaler Ebene, einen innerkantonalen Lastenausgleich zu Gunsten der Kernstädte zu verwirklichen.

Volkszählung 2010: Ohne vorherige Konsultation der Kantone und Kommunen hat hier der Bundesrat einen Grundsatzentscheid gefällt, der den Städten und Gemeinden viel Arbeit und Kosten, aber praktisch keinen Nutzen bringt. Nachdem sich sowohl die Kantone, wie auch die Kommunalverbände eindeutig gegen dieses Vorgehen ausgesprochen haben, ist der Städteverband erstaunt, dass der Bund an einem Vorgehen festhalten will, das auch für seine eigene Agglomerationspolitik künftig keine Daten mehr liefert. In Anbetracht der Finanzlage des Bundes stellen die Städte keine Forderungen, die Zusatzeinnahmen oder wesentliche



Mehrausgaben bedingen. Sie erwarten aber, dass der Bund seine Verpflichtungen auch gegenüber den Städten und Agglomerationen erfüllt. Zudem treten sie nach wie vor entschieden den Bestrebungen entgegen, die Bundesfinanzen und die Werke des Bundes durch eine Lastenabwälzung auf Kantone, Städte und Gemeinden zu sanieren.

Politikbereiche

Neues Vernehmlassungsgesetz

Auf den 1. September des Geschäftsjahres hat der Bundesrat das neue Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren in Kraft gesetzt. Nachdem sich bisher die Umsetzung von Art. 50 BV (Städte- und Gemeindeartikel) auf praktische Massnahmen beschränkte, liegt nun erstmals ein Gesetz vor, das den Kommunalverbänden, und damit den Städten und Gemeinden, gestützt auf diesen Verfassungsartikel, mehr Rechte einräumt. Neu gehören nun wie die Kantone, die politischen Parteien und die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft, auch die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete zu den anerkannten ständigen Teilnehmenden.

Damit entstehen nicht nur im Bereiche der Vernehmlassungen, sondern auch bei den Hearings des Bundes vermehrte Mitspracherechte. Diese erfreuliche Entwicklung führt aber auch zu einem bedeutenden Mehraufwand für die Geschäftsstelle. Wie sich dieser Mehraufwand mit den beschränkten personellen Mitteln des Verbandssekretariates bewältigen lässt, wird die Zukunft zeigen.

Raumordnung und Agglomerationen

Mit der Veröffentlichung und dem Vernehmlassungsverfahren zum Raumentwicklungsbericht 2005 stellt der Bund in Anbetracht der fortschreitenden Urbanisierung unseres Landes räumliche Entwicklungsperspektiven zur Diskussion.

Die verschiedenen vorgestellten Varianten reichen von einer Schweiz bestehend aus drei Metropolen bis zu einem total zersiedelten Land. Der Schweizerische Städteverband spricht sich für die Entwicklung einer polyzentrisch urbanen Schweiz mit wettbewerbsfähigen Metropolitanräumen und einem Städtetz, das auch starke Klein- und Mittelstädte umfasst, aus.

Verkehr

Mit dem Infrastrukturfonds für Agglomerationen und Autobahnen hat der Bundesrat eine neue Gesetzgebung entworfen, die mit der Förderung des Agglomerationsverkehrs ernst macht und letztlich auch dazu beiträgt, Art. 50 BV im Verkehrsbereich umzusetzen. Mit dem geplanten und aus Strassenmitteln finanzierten Infrastrukturfonds soll die Finanzierung der Fertigstellung und der Engpassbeseitigung des Autobahnnetzes sichergestellt werden. Zusätzlich sollen mit rund 6 Milliarden Franken Projekte des Strassen- und Schienenverkehrs in den Agglomerationen mitfinanziert werden. Politisch wird die Vorlage von zwei Seiten bekämpft. Einerseits wird die Engpassbeseitigung auf den Autobahnen abgelehnt, andererseits wird die Mitfinanzierung von S-Bahnen im Agglomerationsverkehr bekämpft. Die Vorlage befindet sich gegenwärtig bei den eidgenössischen Räten. Der Städteverband setzt sich zusammen mit den Kantonen mit Nachdruck für die Vorlage ein.

Finanzen / Finanzausgleich

Nach der erfolgreichen Volksabstimmung über die Verfassungsgrundlage für den Neuen Finanzausgleich werden die zwei weiteren Phasen dieses umfassenden Projektes bearbeitet. Die eidgenössischen Räte sind daran, die umfangreiche Ausführungsgesetzgebung zu behandeln. Die politische Projektleitung befasst sich bereits mit der letzten Phase, nämlich der definitiven Festlegung der verschiedenen Ausgleichsgefässe. Sind diese einmal durch die eidgenössischen Räte behandelt, so kann das Projekt umgesetzt werden. Damit verbunden ist die für die Städte und Gemeinden entscheidende innerkantonale Umsetzung.



Asylproblematik

Die harte parteipolitische Auseinandersetzung zum neuen Asyl- und Ausländerrecht wird im Jahr 2006 durch eine Volksabstimmung entschieden. Im Laufe der parlamentarischen Beratungen hat sich der Städteverband zusammen mit dem Schweizerischen Gemeindeverband gegen die generelle Streichung der Fürsorgeleistungen für abgewiesene Asylbewerber und deren Ersatz durch die Nothilfe sowie gegen eine Einschränkung dieser Nothilfe gewehrt. Wenigstens konnte die Einschränkung der Nothilfe vermieden werden.

Sorgen bereitet dem Verband die Tatsache, dass der geplante finanzielle Rückzug des Bundes letztlich zu einer Mehrbelastung der kommunalen Ebene führt.

Strommarkt

Einen entscheidenden Erfolg konnten die Kommunalverbände als Eigentümer von Elektrizitätswerken und Verteilnetzen bei der Behandlung der Gesetzesvorlage im Nationalrat erzielen. Statt der vom Bundesrat und von der vorberatenden Kommission des Nationalrates geplanten sofortigen Marktöffnung, konnte im Ratsplenum dank dem Einsatz unserer Parlamentarier eine zweistufige Marktöffnung durchgesetzt werden, wie sie auch die seinerzeitige Expertenkommission vorgesehen hatte. Nach positiven Signalen aus dem Ständerat steigen die Chancen für eine Vorlage, welche die kommunalen Interessen berücksichtigt. Zudem hat das Geschäft bei einer allfälligen Volksabstimmung in der vom Nationalrat verabschiedeten Form bessere Chancen auf Annahme.

Gesellschaftsrecht

Im Rahmen der Änderung des Obligationenrechts betreffend das Firmen- und Handelsregisterrecht hatte der Bundesrat vorgesehen, dass neben privaten, künftig nur noch kantonale Revisionsstellen hätten aktiv werden dürfen. Viele Städte und Gemeinden haben aber Aktivitäten in privatrechtlicher

Form ausgelagert. Diese juristischen Personen hätten künftig nicht mehr von den Finanzkontrollen der Städte revidiert werden dürfen. Dank einer gemeinsamen Intervention des Städteverbandes und der Finanzkontrolle der Stadt Zürich in den eidgenössischen Räten wurde das Obligationenrecht so angepasst, dass auch weiterhin städtische und gemeindeeigene Revisionsstellen die Überprüfungen von Aktiengesellschaften und Stiftungen vornehmen dürfen, sofern diese die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

Soziales

Städte und Gemeinden müssen mit Besorgnis feststellen, dass die kommunalen Fürsorgeleistungen in den vergangenen Jahren ständig angewachsen sind. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Sparmassnahmen bei den Sozialversicherungen des Bundes führen zu einer stärkeren Belastung der Fürsorge. Der harte wirtschaftliche Wettbewerb macht es zudem schwierig, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder solche mit Lücken in der Ausbildung oder einem beschränkten Leistungsvermögen im Wirtschaftsprozess zu halten oder wieder einzugliedern. Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich im abgelaufenen Jahr intensiv mit diesen Fragen befasst und die Kontakte zur Wirtschaft und zur Politik intensiviert.

Volkszählung 2010

Der Schweizerische Städteverband, wie auch die Kantone, lehnen das vom Bundesrat bereits beschlossene Volkszählungskonzept ab. Das Konzept, das ohne Mitwirkung der betroffenen Kantone und Kommunen erarbeitet wurde, sieht eine ausschliessliche Registerzählung vor. Damit fehlen wesentliche Entscheidgrundlagen für die künftige Gestaltung unseres Landes, so zum Beispiel für die Bereiche Agglomerationsverkehr, den Neuen Finanzausgleich usw. Die rasche Einführung der verlangten Indikatoren sowie die Aktualisierung und Harmonisierung der Einwohnerregister verursachen den Städten und Gemeinden zudem hohe Kosten, denen kein genügender Nutzen gegenübersteht.

Vernehmlassungen und Hearings

Der Städteverband hat an zahlreichen Hearings der Bundesverwaltung und von Parlamentskommissionen teilgenommen.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Vernehmlassungen des Bundes bearbeitet und eingereicht:

- *Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO₂-Gesetz*
- *Revision des Urheberrechtsgesetzes*
- *NFA; Schlussbericht der Projektorganisation zur Ausführungsgesetzgebung*
- *1. Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative*
- *2. Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte*
- *Parlamentarische Initiative. Umweltverträglichkeitsprüfung/Verbandsbeschwerderecht*
- *Parlamentarische Initiative. Änderung Bürgerrechtsgesetz*
- *Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung*
- *Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen*
- *Fonds für Agglomerationsverkehr und Nationalstrassen (Infrastrukturfonds)*
- *Teilrevision Raumplanungsrecht*
- *Raumentwicklungsbericht 2005*
- *Vorentwurf Gesetz zur Überprüfung und Stärkung gewerbliches Bürgerschaftswesen*
- *Signalisation Langsamverkehr (VSS-Norm 640829)*
- *Kulturförderungsgesetz; Totalrevision des Pro Helvetia-Gesetzes*
- *Vorentwurf Bundesrat zur Situation Fahrende in der Schweiz*
- *Reform Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden (Reform HRM)*
- *Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG)*
- *Anpassung der Asylstrukturen (Änd. div. Verordnungen)*
- *Ausserkurssetzung Ein- und Fünfrappenstücke*
- *Sofortmassnahmen Ehepaarbesteuerung*

Nationale Gremien

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Die Tripartite Agglomerationskonferenz – ein Organ des Bundes, der Konferenz der Kantonsregierungen sowie der Kommunalverbände – befasst sich mit Fragen der Agglomerationspolitik sowie einzelnen, für die Städte und Gemeinden wichtigen Sektoralpolitiken.

Nach Veröffentlichung der Empfehlungen über die «Horizontale und vertikale Zusammenarbeit in der Agglomeration» führte der Städteverband im Auftrag der TAK eine Tagung zu diesem Thema durch. Im Bereiche der Ausländerintegration wurde die Schrift «Rechtliche Integrationshemmnisse» publiziert. An einer nationalen Tagung in Biel hatten Bundes-, Kantons-, Stadt- und Gemeindebehörden die Möglichkeit, sich eingehend über die Ausländer- und Integrationspolitik auszusprechen. In folgenden Gebieten boten die Plenarsitzungen der TAK Aussprachemöglichkeiten:

- Raumentwicklung der Schweiz
- Volkszählung 2010
- Neue Regionalpolitik des Bundes
- Ausländer- und Integrationspolitik
- Zusammenarbeit in kantons- und grenzüberschreitenden Agglomerationen
- Kulturförderungsgesetz

Auf Beschluss des Bundesrates, der Kantonsregierungen und der Kommunalverbände wurde das Mandat der Konferenz für eine weitere vierjährige Arbeitsperiode bis 2009 erneuert.

Parlamentariergruppe

« Kommunalpolitik »

Die eidgenössische Parlamentariergruppe «Kommunalpolitik», die gemeinsam vom Gemeindeverband und vom Städteverband betreut wird, befasste sich in der Früh-



jahrssession mit der Liberalisierung des Strommarktes und in der Herbstsession mit der Frage der öffentlichen Sicherheit.

Schweizerischer Gemeindeverband

Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeindeverband konnten zwei wesentliche Erfolge erzielt werden. Einmal die Verwirklichung des neuen Vernehmlassungsgesetzes und zum Zweiten die Modifikation des Strommarktgesetzes im Sinne der Kommunen.

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes dankt dem Schweizerischen Gemeindeverband für die loyale Zusammenarbeit.

ORGANISATIONEN

Die am Städtetag 2004 beschlossene Revision von Art. 17 der Verbandsstatuten und damit die Neuordnung der Kommissionen, Fachorganisationen und Sektionen hat sich bewährt.

Kommissionen und Arbeitsgruppen: Weiterhin setzt der Städteverband Kommissionen und Arbeitsgruppen für die Behandlung von sektoralen Problemen ein.

Fachorganisationen: Diese haben ein eigenes Reglement, eigene Finanzen und einen eigenen Mitgliederkreis. Sie sind aber rechtlich unselbständig. Die Geschäftsführung erfolgt durch den Städteverband. Dazu gehört die Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES).

Sektionen: Diese sind rechtlich selbständige Vereine mit eigener Verantwortlichkeit und eigener Organisation. Sie sind in ihrem Fachbereich autonom. Für die Vertretung grundsätzlicher politischer Positionen und fachübergreifender Probleme

me ist der Städteverband zuständig. Dazu gehören die Städteinitiative Sozialpolitik und die Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren.

Kommissionen, Arbeitsgruppen

Die **Arbeitsgruppe Statistik** hat die Neukonzeption der Statistik der Schweizer Städte vorbereitet und sich mit den Problemen der Volkszählung 2010 befasst. Die **Informatik-Kommission** hat die elektronischen Abstimmungsverfahren sowie weitere Fragen des e-Government behandelt. Beide erwähnten Gruppen zusammen haben den Nutzen der Beteiligung des Städteverbandes an der Datenbank Badac geprüft. Aufgrund dieser Arbeiten hat der Vorstand den Zusammenarbeitsvertrag mit der Badac aufgelöst.

Neu gegründet wurde die **Arbeitsgruppe e-geo**. Diese befasst sich mit der Umsetzung des Geo-Informationssystems auf kommunaler Ebene sowie mit der entsprechenden Bundesgesetzgebung.

Die von der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES) geführte **Fachgruppe Umwelt** bearbeitete unter anderem die Feinstaub-Problematik, Energie- und Nachhaltigkeitsfragen.

Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES)

Die Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES) konnte im vergangenen Jahr die Mitgliederbasis erneut steigern und zählt nun 166 Mitglieder, wobei vermehrt auch kleine Gemeinden die Dienstleistungen der FES in Anspruch nehmen. Die Jahresrechnung der FES schliesst mit einem Gewinn von Fr. 15677.– ab.

Von Bedeutung für die Politik waren die Fragen um die Zukunft des Salzmonopols und die Versorgung der Städte und Gemeinden mit Streusalz für den Winterdienst. Zahlreiche Mitglieder stellten nach dem Winter 2004/2005 mit Lieferengpässen Handlungsbedarf fest. Während die Versorgungssituation inzwischen durch die Rheinsalinen optimiert wurde,



steht die Frage nach der Zukunft des Salzmonopols nun auf der politischen Ebene im Raum. Störend sind die Monopolgebühen, welche den Gemeinden und Städten den Salzeinkauf verteuern.

Im Bereich der Abfallwirtschaft hat die FES massgeblich an der Erarbeitung eines Rahmenvertrages mit der Altpapierindustrie mitgewirkt, welcher den Städten und Gemeinden für die Abnahme des Altpapiers Mindestpreise garantiert. Der Vertrag muss nun noch formell der Wettbewerbskommission gemeldet werden. Im Hinblick auf die anstehende Revision des schweizerischen Abfallleitbildes hat die FES zuhanden des Bundes den Handlungsbedarf aus der kommunalen Sicht formuliert. Im Zentrum steht die Forderung nach einer einheitlichen Finanzierung und Kostenabgeltung für die separat gesammelten Abfälle. Die FES unterstützt im Rahmen der Revision der Strommarktgesetzgebung die Anliegen der Kehr-richtverbrennungsanlagen nach kostendeckenden Einspeisevergütungen für den erneuerbaren Anteil aus dem verbrannten Abfall.

In der Fachgruppe Umwelt wurde bereits im vergangenen Sommer Handlungsbedarf zur Reduktion der Feinstaubbelastung festgestellt. Eine Umfrage bei den Städten zeigte ein breites Spektrum von Massnahmen, welche bereits implementiert werden. Grosse Unterschiede ergaben sich in der Fahrzeugpolitik der Städte: Rund die Hälfte der teilnehmenden Städte stützten sich bei der Fahrzeugbeschaffung auf die gesetzlich verlangten Vorgaben ab, während die andere Hälfte weitergehende Massnahmen nach dem Stand der Technik verlangt.

An einer Fachtagung hat die Fachgruppe Abwasser die Möglichkeiten zur Energienutzung aus Abwasser aufgezeigt und die aktuelle Situation der Klärschlamm Entsorgung aufgezeigt.

Der in der Deutschschweiz gut etablierte Kurs «Abfallwirtschaft Schweiz» wurde erstmals erfolgreich für die Mitglieder in der Romandie angeboten. Daneben wurden die Aus- und Weiterbildungskurse für Mitarbeiter in Werkhöfen und Strassenunterhaltungsdiensten wiederum mit sehr guter Auslastung angeboten. Im Weiteren hat die FES neue Publikationen zum Werterhalt von Strassen, Beschaffung von Fahr-

zeugen und Geräten sowie zur Submission von Abfallsammlungen herausgegeben.

Detailliert gibt der separate Geschäftsbericht über die einzelnen Aktivitäten Auskunft.

Sektion: Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr vor allem mit den Dossiers Asyl-Gesetz-Revision, 5. IVG-Revision, Einführung der neuen SKOS-Richtlinien und Familienzulagen befasst. Im Rahmen der Frühlingskonferenz befassten sich die SI-Mitglieder vertieft mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Für die Herbstkonferenz gelang es der Städteinitiative Sozialpolitik zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und des Sozialbereichs «an den runden Tisch» zu bringen, um gemeinsam die Frage der Arbeitsintegration von Menschen aus der Sozialhilfe zu analysieren und gemeinsam Problemlösungen zu skizzieren. Dem Anlass war ein breites Interesse und ein allseits bestätigter Erfolg beschieden. Die Konferenz hat Mut gemacht, auch in den Regionen, im direkten Kontakt mit der Wirtschaft Arbeitsintegrationsmodelle zu entwickeln.

Die sozialpolitischen Aktivitäten des vergangenen Jahres haben aber auch eine Tendenz klar aufgezeigt: Es besteht die grosse Gefahr, dass die heute mit viel Energie und beachtlichem Tempo vorangetriebenen Reformen der sozialen Sicherung (ALV, IV, Asyl-Gesetz) zu finanziellen Lasten der kommunalen und städtischen Sozialhilfe gehen. Die Städteinitiative Sozialpolitik ist deshalb froh, dass mit dem Schweizerischen Städteverband eine überaus kooperative und kompetente Zusammenarbeit gepflegt werden kann. Dank diesem Miteinander ist es unter anderem auch im vergangenen Jahr gelungen, in Bundesbern den sozialen Stimmen der Städte und Gemeinden etwas mehr Gehör zu verschaffen. Allerdings ist es enorm schwierig, positive Ergebnisse zu erzielen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik wird geleitet durch Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor, Stadt Luzern (Präsident seit



2002) und Nationalrätin Marianne Huguenin, Gemeinderätin, Renens (Vize-Präsidentin seit 2005), Stadträtin Maja Ingold, Vorsteherin Departement Soziales, Winterthur (seit 2002) und Gemeinderätin Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, Stadt Bern (seit 2005).

Sektion: Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD)

Diese Konferenz ist seit dem 1. Januar 2005 eine Sektion des Städteverbandes. Die KSPD, deren Präsidium seit April 2002 die Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich, Stadträtin Esther Maurer, inne hat, führte im Berichtsjahr am 21./22. April 2005 ihre Generalversammlung in Lausanne durch. Am 8. September 2005 veranstaltete die KSPD in Zürich ausserdem die 3. Urbane Sicherheitskonferenz zum Thema Jugendprobleme – Jugendkriminalität, die aufgrund des interdisziplinären Themas neben den Polizeivorsteherinnen und Polizeivorstehern auch für die Ressorts Schule/Erziehung und Soziales zugänglich war und die auf reges Interesse gestossen ist.

Mit Roberta Pantani-Tettamanti, der Polizeivorsteherin der Stadt Chiasso, konnte im Berichtsjahr neben VertreterInnen der Deutsch- und Westschweiz auch wieder eine Vertreterin der italienischen Schweiz für den Vorstand der KSPD gewonnen werden.

DIENSTLEISTUNGEN

Tagungen, Veranstaltungen

Im Auftrag der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) von Bund, Kantonen und Kommunalverbänden organisierte der Städteverband am 25. Januar 2005 in Bern die Tagung «Agglomerationspolitik als Chance». Die Tagung fand ein gutes Publikums- und grosses Medieninteresse. Ebenfalls im

Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz fand eine nationale Tagung zum Thema der Ausländerintegration statt.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Raumentwicklung sowie der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz veranstaltete der Städteverband zwei Tagungen zum Thema «Nachhaltige Entwicklung».

Ausstellung Suisse Public

Die Ausstellung Suisse Public, die Schweizer Fachmesse für öffentliche Betriebe und Verwaltungen, konnte im Juni gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband und der BEA Bern expo erfolgreich durchgeführt werden. Die Ausstellung verzeichnete rund 18000 Besucher und Besucherinnen. Die Kommunalverbände waren mit einem gemeinsamen Stand präsent.

Versicherungsberatung

Der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband verfügen über einen gemeinsamen Beratungsdienst, die Firma Trees AG. Ihre Leistungen werden auch von den Mitgliedern des Städteverbandes genutzt.

Empfehlungen zu den SIA-Honorarordnungen

Die Empfehlungen zu den SIA-Honorarordnungen waren wiederum ein Gemeinschaftswerk der Konferenz der Bauorgane des Bundes, des Bundesamtes für Bauten und Logistik, der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz sowie des Schweizerischen Städteverbandes. Die Empfehlungen 2006 sind anfangs Jahr erschienen.

«Statistik der Schweizer Städte»

Die «Statistik der Schweizer Städte 2005» ist in überarbeiteter Form und mit einem neuen Layout erschienen. Sie enthält Datenmaterial von 140 Städten und Gemeinden, davon 119



mit mehr als 10000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Die Herausgabe konnte wiederum dank der Mithilfe der Statistik Stadt Zürich verwirklicht werden.

Zeitschrift «die stadt – les villes»

Die Verbandszeitschrift erscheint seit Beginn des Geschäftsjahres leserfreundlich gestaltet und farbig. Die zweisprachige Publikation hat eine Auflage von rund 2500 Exemplaren und erreicht neben unserem Mitgliederkreis auch Entscheidungsträger in der schweizerischen Politik. Folgende Themenkreise wurden behandelt: Agglomerationsverkehr, Verhältnis Bund/Städte, Agglomerationen, Neuer Finanzausgleich, Jugend Arbeitslosigkeit, Abfallwirtschaft, Einbürgerungen, Volkszählung, Raumentwicklung, Sozialpolitik.

Internetpräsenz

Die Website des Schweizerischen Städteverbandes (www.staedteverband.ch) wird laufend aktualisiert und gibt Auskunft über den Verband und seine Organisation, über aktuelle Medienmitteilungen und Vernehmlassungen, Dienstleistungen usw.

Dokumentations- und Umfragedienst

Der Dokumentations- und Umfragedienst wurde wiederum von zahlreichen Verbandsmitgliedern beansprucht. Unter anderem führte das Sekretariat Umfragen zum Lärmschutz an Bahnlinien und zu Projektmanagementsystemen durch.

VERBANDSSTRUKTUR

Städtetag 2005

Am Städtetag vom 2./3. September 2005 in Winterthur nahmen dieses Jahr gegen 200 Delegierte, Referenten und Referentinnen und Gäste des Städteverbandes sowie zahlreiche weitere Gäste der Stadt Winterthur teil. Als Vertreter des Bundesrates sprach Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Nach dem Eröffnungsreferat der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth zum Tagungsthema «Städte – Sensoren der gesellschaftlichen Entwicklung» befassten sich weitere Referenten und Referentinnen mit den Themen Sicherheit, Armut und Ausländerintegration. An der jährlich durchgeführten Medienkonferenz am Städtetag zog der Städteverband Bilanz über die aktuelle Bundespolitik und griff deren offene Probleme im Zusammenhang mit dem Agglomerationsverkehr, der Strommarktliberalisierung und der Asylpolitik auf.

Mitglieder

Nach dem Beitritt der Stadt Amriswil (TG) umfasst der Städteverband neu 125 Mitglieder. Diese weisen insgesamt mehr als 3 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen auf.

Vorstand

Anstelle des langjährigen Verbandspräsidenten, Dr. Heinz Christen, St. Gallen, wurde am Städtetag 2005 der bisherige 1. Vizepräsident, Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident von Aarau, zum neuen Präsidenten gewählt. Für die zurücktretenden Herren Dr. Klaus Baumgartner, Bern, Dr. Hans Martin Tschudi, Basel-Stadt sowie dem auch als Vorstandsmitglied zurücktretenden Dr. Heinz Christen, St. Gallen wurden folgende Nachfolger gewählt: Alexander Tschäppät, Bern, Dr. Guy Morin, Basel-Stadt, Ernst Wohlwend, Winterthur. Der Vor-



stand setzt sich somit für die Amtsperiode bis 2006 wie folgt zusammen:

- *Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident, Aarau (Präsident)*
- *Daniel Brélaz, syndic, Lausanne (1. Vizepräsident)*
- *Dr. Elmar Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich (2. Vizepräsident)*
- *Christiane Feldmann-Reichen, Stadtpräsidentin, Murten*
- *Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident, Solothurn*
- *Bruno Heinzemann, Stadtpräsident, Kloten*
- *Françoise Jeanneret, conseillère communale, Neuchâtel*
- *Fernand Mariétan, président, Monthey*
- *Dr. Guy Morin, Regierungsrat, Basel-Stadt*
- *Dott. Carla Speziali, Sindaco, Locarno*
- *Hans Stöckli, Nationalrat, Stadtpräsident, Biel-Bienne*
- *Urs W. Studer, Stadtpräsident, Luzern*
- *Manuel Tornare, maire, Genève*
- *Alexander Tschäppät, Stadtpräsident, Bern*
- *Peter Vogt-Jourdan, Gemeindepräsident, Muttenz*
- *Ernst Wohlwend, Stadtpräsident, Winterthur*

Sekretariat

Dr. Urs Geissmann ist Direktor und Geschäftsleiter. Er betreut die Bereiche Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Tagungen und ist Delegierter in den Leitungsorganen der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES), der Städteinitiative Sozialpolitik sowie der Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren. Er vertritt den Verband ausserdem im Verwaltungsrat der Versicherungsberatung Trees AG.

Jean-Philippe von Arx pflegt die Kontakte zur französischsprachigen Schweiz, redigiert das Verbandsorgan «die stadt – les villes» sowie die «Statistik der Schweizer Städte».

Frau Barbara Santschi arbeitet teilzeitlich als Direktionsmitarbeiterin für den Bereich Bundespolitik.

Frau Michelle Bart ist für das Sekretariat und für die Organisation von Veranstaltungen und Kursen zuständig.

Als Teilzeitmitarbeiterin ist Frau Gabriela Pieren für das Rechnungswesen verantwortlich.

Das Sekretariat des Städteverbandes verfügt über 380 Stellenprozent.

Alexandre Bukowiecki ist Geschäftsführer der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES). Ihm steht als Sachbearbeiterin Frau Nadja Bigler zur Seite. Das Sekretariat FES verfügt über 180 Stellenprozent.

Rechnung

Die Rechnung 2005 schliesst – trotz eines ausserordentlichen Beitrages von Fr.25000.– an die Glückskette für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe in der Schweiz – dank einer strengen Kostenbewirtschaftung und dank Dienstleistungseinnahmen mit einem Überschuss von Fr.93981.– ab.

Mitgliederbeiträge

Der aktuelle Mitgliederbeitrag beruht auf den Zahlen der Volkszählung 2000 und beträgt unverändert 26 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner.

Bern, Ende Januar 2006

POLITIQUE

Mettons en œuvre la politique des villes et des agglomérations!

Le monde politique a enfin pris conscience de l'urbanisation croissante de notre pays, des problèmes que ce phénomène entraîne et des nouveaux défis qu'il pose à la Suisse, contrainte de s'affirmer dans un rude contexte concurrentiel aux niveaux européen et mondial.

Ainsi, nul ne conteste plus aujourd'hui que la Suisse est un pays urbanisé: environ 75% des habitants vivent dans les zones urbaines et les agglomérations, qui regroupent 80% des places de travail. On a aussi reconnu les problèmes inhérents aux villes-centres, qui présentent une structure socio-démographique particulière (nombre supérieur à la moyenne de personnes âgées, démunies, seules, qui élèvent seules leurs enfants, qui sont en formation, au chômage, de nationalité étrangère, etc.).

Les villes-centres ont pris des mesures appropriées pour assainir leurs finances et améliorer leur structure démographique. Dans nombre de cantons, on a en outre préparé ou créé des systèmes de péréquation.

Des problèmes structurels non-résolus

Bien que les espaces urbains se fondent toujours plus l'un dans l'autre au sein des agglomérations, les structures politiques restent à petite échelle.

Pour résoudre les problèmes des agglomérations, on a développé une multitude d'approches qui reflètent l'organisation de notre Etat. En voici les principales:

- coopération librement consentie au sein de l'agglomération (par ex. à Berne, à Lausanne, à Lucerne);
- cantonalisation de tâches incombant à la ville-centre (par ex. l'Opéra de Zurich);

- loi sur les agglomérations (canton de Fribourg);
- péréquation financière cantonale en faveur des villes-centres (par ex. canton de Berne);
- élaboration de modèles de coopération par la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA);
- fusions (Nuova Lugano, Rapperswil-Jona).

La pratique indique que les problèmes ne sont pas encore résolus en maints endroits. La coopération librement consentie n'est en général qu'une étape préliminaire. Le caractère obligatoire des décisions et le principe de codétermination font défaut dans nombre de formes de coopération. Par exemple, des bases juridiques disparates entre les communes d'une même agglomération peuvent entraver leur action conjointe dans le domaine du développement économique.

On manque encore d'approches de solution pour les agglomérations intercantionales. En particulier, les problèmes du trafic d'agglomération s'aggravent considérablement. Les cantons, les villes et les communes doivent donc élaborer de bonnes solutions et les mettre en œuvre.

Bases juridiques de la Confédération

Très longtemps, la politique fédérale n'a aucunement tenu compte des changements démographiques et économiques qui survenaient dans notre pays. De même, la Confédération n'a guère assumé l'influence évidente que ses politiques sectorielles exercent sur les villes et les communes.

Seul l'article 50 de la nouvelle Constitution fédérale, introduit à l'époque contre le gré du Conseil fédéral et des cantons, a permis d'induire un changement de paradigme.

En vertu de cet article, le Conseil fédéral a approuvé le rapport «Politique des agglomérations de la Confédération» en date du 19 décembre 2001. De plus, en septembre de l'année passée, le Conseil fédéral a mis en vigueur la loi fédérale sur la procédure de consultation. Les associations communales, parmi elles l'Union des villes suisses, sont désormais au nombre des participants permanents.



L'étape suivante, qui devait consister à ancrer la politique des agglomérations dans la loi, est déjouée pour l'heure: à l'instigation de plusieurs cantons, le Conseil fédéral a supprimé la politique des agglomérations du message relatif à la nouvelle loi sur la politique régionale.

Cette décision est très révélatrice: la mise en œuvre d'une politique des agglomérations au niveau fédéral et la prise en compte des intérêts légitimes des espaces urbains dans les politiques sectorielles de la Confédération rencontrent toujours plus de résistances. Cette situation peut s'expliquer de deux manières: d'une part, les efforts en question sont contrecarrés par la conception conservatrice de l'Etat, qui a de nouveau le vent en poupe de nos jours; d'autre part, les bénéficiaires de la politique conduite à ce jour par la Confédération s'opposent à ce que l'on tienne compte d'intérêts supplémentaires.

Requêtes adressées à la Confédération

L'Union des villes continue donc de s'engager de toutes ses forces pour que les intérêts des villes soient pris en compte dans la politique de la Confédération. Elle lui adresse les importantes requêtes que voici.

Politique des agglomérations: dans son rapport du 19 décembre 2001, le Conseil fédéral a notamment postulé les mesures suivantes:

- promotion par la Confédération de projets modèles de collaboration au sein des agglomérations; cet encouragement, pour un coût de 500 000 francs par an, est déjà institué.
- coordination des politiques sectorielles selon les besoins des agglomérations; ces mesures n'ont pas encore été mises en œuvre.

Les villes exigent donc que ces deux mesures soient comprises dans la nouvelle loi sur la politique régionale ou qu'elles soient ancrées dans la loi sur l'aménagement du territoire.

Politique d'organisation du territoire: l'Union des villes suisses attend de la Confédération qu'elle s'engage, à l'appui du

Rapport 2005 sur le développement territorial, pour une Suisse urbaine dotée d'espaces métropolitains compétitifs et d'un réseau de villes comprenant de petites et moyennes villes suffisamment développées.

Politique des transports: après que la Confédération a massivement développé jusqu'ici les réseaux de transports nationaux, une véritable congestion du trafic est survenue dans les agglomérations. Il s'agit à présent de diluer tant le trafic public que le trafic privé. L'Union des villes attend de la Confédération qu'elle réalise le projet de fonds d'infrastructure, actuellement traité par le Parlement, en y incluant comme prévu le trafic d'agglomération.

Politique culturelle: en vertu du nouvel article constitutionnel, la Confédération doit assumer sa fonction de coordination et d'encouragement de la politique culturelle.

Politique sociale: par le passé, la Confédération a décidé divers projets d'assainissement dans le cadre de mesures d'économie (par ex. dans l'assurance chômage); ces mesures ont finalement accru les charges de l'aide sociale des communes. Les villes attendent que la révision de l'assurance invalidité n'entraîne aucun transfert de charges supplémentaire aux communes.

Finances/péréquation financière: l'Union des villes suisses attend une dotation adéquate de l'instrument de péréquation pour la compensation des charges sociodémographiques. En outre, la Confédération doit conduire les cantons à répercuter non seulement les charges, mais aussi les allègements de charges aux villes et communes. Parallèlement, la compensation intercantonale des charges doit être concrétisée. Enfin, là où ce n'est pas encore le cas, les cantons doivent réaliser une péréquation intracantonale des charges en faveur des villes-centres, ceci sur le modèle des dispositions qui prévalent au niveau national.

Recensement de la population 2010: alors qu'il n'a pas consulté les cantons et les villes au préalable, le Conseil fédéral a pris en l'occurrence une décision fondamentale qui coûtera beaucoup de travail et d'argent aux villes et aux communes, sans leur apporter toutefois de contrepartie pratique. Tant les cantons que les associations des villes et des



communes se sont alors clairement exprimés contre ce projet. L'Union des villes suisses est étonnée que la Confédération n'entende pas renoncer à un scénario de recensement, lequel la privera aussi de données utiles pour sa politique des agglomérations.

Eu égard à l'état des finances fédérales, les villes ne formulent aucune exigence impliquant des recettes supplémentaires ou une augmentation substantielle des dépenses. Elles attendent toutefois que la Confédération remplisse ses obligations également envers les villes et les agglomérations. Elles s'opposent en outre fermement, comme par le passé, aux tentatives d'assainir les finances et les institutions fédérales en transférant des charges sur les cantons, les villes et les communes.

Domaines politiques

Nouvelle loi sur la consultation

Au 1^{er} septembre 2005, le Conseil fédéral a mis en vigueur la nouvelle loi fédérale sur la procédure de consultation. Jusqu'à présent, l'application de l'art. 50 Cst. (article dit sur les villes et les communes) s'était limitée à des mesures pratiques. Pour la première fois, une loi, attribuant davantage de droits aux villes et aux communes, est édictée en vertu de cet article constitutionnel. Désormais, à l'instar des cantons, des partis politiques et des associations faïtières de l'économie, les associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne sont au nombre des participants admis à titre permanent.

Cette disposition apporte des droits de participation plus étendus non seulement dans le cadre des procédures de consultation, mais également lors des auditions organisées par la Confédération. Cette évolution réjouissante entraîne toutefois une augmentation de travail importante pour l'Union. L'avenir dira comment il est possible de maîtriser cette charge supplémentaire, vu l'effectif limité du Secrétariat.

Organisation du territoire et agglomérations

En publiant le Rapport 2005 sur le développement territorial et en le mettant en consultation, la Confédération a ouvert la discussion quant au futur visage de notre pays compte tenu du processus continu d'urbanisation. Les divers cas de figure vont d'une Suisse composée de trois métropoles à un pays dont la population serait totalement dispersée. L'Union des villes suisses est partisane du développement d'une Suisse urbaine polycentrique, dotée d'espaces métropolitains compétitifs et d'un réseau de villes comprenant des villes petites et moyennes suffisamment développées.

Transports

Le nouvel instrument législatif du fonds d'infrastructure pour les agglomérations et le réseau des routes nationales, ébauché par le Conseil fédéral, constitue un encouragement conséquent du trafic d'agglomération qui contribue à mettre en œuvre l'art. 50 Cst. dans le domaine des transports. Le fonds d'infrastructure prévu, qui doit être financé par les recettes de la route, est censé garantir le financement de l'achèvement du réseau autoroutier et l'élimination des goulets d'étranglement qui y subsistent. De surcroît, quelque 6 milliards de francs doivent entrer dans le financement de projets de transports routiers et ferroviaires des agglomérations. Le projet est combattu sur deux fronts au niveau politique: certains opposants refusent l'élimination des goulets d'étranglement des autoroutes, tandis que d'autres combattent le cofinancement des RER des agglomérations. Les Chambres fédérales en discutent actuellement. L'Union des villes s'engage avec insistance, conjointement aux cantons, en faveur de ce projet.

Finances/péréquation financière

Suite à l'acceptation en votation populaire de la base constitutionnelle de la RPT (Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches), les deux étapes suivantes de



ce vaste projet sont en voie de traitement. Les Chambres fédérales s'occupent actuellement de l'abondante législation d'exécution. Quant à la direction politique du projet, elle s'occupe d'ores et déjà de la dernière phase, à savoir la dotation définitive des divers instruments de péréquation. Lorsque les Chambres fédérales auront franchi cette étape, le projet pourra alors être mis en œuvre. Sa réalisation, au sein même des cantons, sera déterminante pour les villes et les communes.

Problématique de l'asile

L'après débat que se sont livré les partis politiques concernant le nouveau droit de l'asile et des étrangers sera tranché en 2006 par le scrutin populaire. Au cours des délibérations parlementaires, l'Union des villes suisses et l'Association des communes suisses se sont unies pour s'opposer à la suppression générale des prestations de l'aide sociale aux requérants d'asile déboutés, à leur remplacement par l'aide d'urgence et à la restriction de celle-ci. Pour le moins, il a été possible d'éviter une telle restriction.

L'Union des villes est préoccupée par le fait que la réduction prévue de l'aide financière de la Confédération entraîne finalement une augmentation des charges pour les villes et les communes.

Marché de l'électricité

Les associations des villes et communes ont atteint un succès déterminant, en leur qualité de propriétaires d'usines électriques et de réseaux de distribution, lors du traitement du projet de loi par le Conseil national. Au lieu de l'ouverture immédiate du marché, prévue par le Conseil fédéral et par la Commission du Conseil national chargée de l'examen préalable, il a été possible d'imposer en séance plénière, grâce à l'engagement des parlementaires proches de l'Union, une ouverture du marché en deux temps, telle que l'avait prévue la commission d'experts en son temps. A en juger d'après les signaux positifs venus du Conseil des Etats, les chances d'un projet qui prenne en compte les intérêts des villes et des communes sont en hausse. En outre, en cas

d'éventuelle votation populaire, cette affaire a de meilleures chances d'être acceptée dans la forme adoptée par le Conseil national.

Droit des sociétés

Dans le cadre de la modification du Code des obligations quant au registre du commerce et aux raisons de commerce, le Conseil fédéral avait prévu qu'outre les bureaux de révision privés, seuls les services de révision cantonaux devaient être habilités à agir à l'avenir. Or, de nombreuses villes et communes sous-traitent des activités dans un cadre de droit privé. Les services du contrôle des finances des villes n'auraient plus été autorisés dans le futur à procéder aux révisions pour ces personnes morales. Une intervention conjointe de l'Union des villes et du Contrôle des finances de la ville de Zurich auprès des Chambres fédérales a permis d'adapter le droit des obligations de manière à ce que, à l'avenir également, les services de révision propres aux villes et aux communes aient le droit de procéder au contrôle des sociétés anonymes et des fondations, dans la mesure où ces dernières remplissent les conditions légales.

Domaine social

Les villes et les communes ont lieu de s'inquiéter en constatant que les prestations de l'aide sociale se sont constamment accrues au niveau communal durant ces dernières années. Les raisons de cette évolution sont multiples. Les mesures d'économie entreprises auprès des assurances sociales de la Confédération induisent un alourdissement des charges de l'aide sociale. La dureté de la concurrence économique entrave de surcroît le maintien ou la réintégration dans le processus économique des preneurs d'emploi âgés et de ceux dont la formation est lacunaire ou qui présentent une capacité de performance réduite. L'année passée, l'*Initiative des villes: Politique sociale* s'est intensivement occupée de ces questions tout en intensifiant ses contacts avec l'économie et la politique.

Recensement de la population 2010

L'Union des villes suisses et les cantons refusent la conception du recensement de la population déjà décidée par le Conseil fédéral. Cette conception, élaborée sans la participation des cantons et des communes concernés, prévoit un relevé exclusivement basé sur les registres administratifs. Il en résulte des lacunes importantes dans les bases de décision utiles à l'organisation future de notre pays, par exemple pour le domaine des transports d'agglomération ou pour la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT), etc. De plus, l'introduction rapide des indicateurs exigés ainsi que la mise à jour et l'harmonisation des registres des habitants occasionneront aux villes et aux communes des coûts importants sans leur apporter une utilité suffisante en contrepartie.

Consultations et auditions

L'Union des villes a pris part à de nombreuses auditions de l'administration fédérale et de commissions parlementaires.

Durant l'exercice sous revue, l'Union a participé et a répondu dans le cadre des procédures de consultation et d'audition suivantes:

- *Mesures requises pour atteindre les objectifs de réduction des émissions fixés dans la loi sur le CO₂*
- *Modification de la loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins*
- *RPT; rapport final sur la législation d'exécution présenté par l'organisation de projet*
- *Loi fédérale sur l'introduction de l'initiative populaire générale*
- *Révision de la législation fédérale sur les droits politiques*
- *Initiative parlementaire. Simplification de l'examen d'impact sur l'environnement et prévention d'abus grâce à une définition plus précise du droit de recours des organisations*
- *Initiative parlementaire. Loi sur la nationalité. Modification.*
- *Ordonnance sur la limitation de l'admission des fournisseurs de prestations à pratiquer à la charge de l'assurance-maladie obligatoire*
- *Loi fédérale instituant des mesures contre la propagande incitant à la violence et contre la violence lors de manifestations sportives*

- *Fonds pour le trafic d'agglomération et le réseau des routes nationales (Fonds d'infrastructure)*
- *Révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire*
- *Rapport 2005 sur le développement du territoire*
- *Examen et renforcement du cautionnement des arts et métiers*
- *Signalisation du trafic lent (Norme VSS 640 829)*
- *Loi sur l'encouragement de la culture et révision de la loi Pro Helvetia*
- *Avant-projet de rapport du Conseil fédéral sur la situation des gens du voyage en Suisse*
- *Refonte de la présentation des comptes des cantons et des communes (réforme du MCH)*
- *Loi fédérale sur la géoinformation (Lgéo)*
- *Adaptation des structures d'asile (modifications de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement et d'autres ordonnances)*
- *Audition relative à l'ordonnance sur la mise hors cours des pièces d'un et de cinq centimes*
- *Mesures immédiates portant sur l'imposition des couples mariés*

Organismes nationaux

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) – un organe de la Confédération, de la Conférence des gouvernements cantonaux ainsi que des associations des villes et des communes – traite de questions relevant de la politique des agglomérations ainsi que d'aspects importants de politique sectorielle qui intéressent les villes et les communes.

Suite à la publication des recommandations relatives à la «Collaboration horizontale et verticale dans les agglomérations», l'Union des villes a organisé, sur mandat de la CTA, une journée d'étude sur ce thème. En ce qui concerne le domaine de l'intégration des étrangers, la CTA a publié le rapport «Entraves juridiques à l'intégration des étrangers». Lors d'une conférence nationale organisée à Bienne, les autorités de la Confédération, des cantons, des villes et des communes ont eu la possibilité de présenter en détail leur point de vue sur la politique des étrangers et de l'intégration. Les



séances plénières de la CTA ont offert un forum de discussion sur les thèmes suivants:

- le développement territorial de la Suisse;
- le recensement de la population 2010;
- la nouvelle politique régionale de la Confédération;
- la politique des étrangers et de l'intégration;
- la coopération dans les agglomérations intercantionales et transfrontalières;
- la loi sur l'encouragement de la culture.

Le Conseil fédéral, les gouvernements cantonaux ainsi que les associations des villes et des communes ont décidé de renouveler le mandat de la CTA pour une période de quatre ans échéant en 2009.

Groupe parlementaire « politique communale »

Le groupe parlementaire «politique communale», mis sur pied conjointement par l'Association des communes suisses et par l'Union des villes suisses, a traité, lors de la session de printemps, de la libéralisation du marché de l'électricité et, lors de celle d'automne, de questions relatives à la sécurité publique.

Association des communes suisses

Notre étroite coopération avec l'Association des communes suisses a permis d'obtenir deux succès essentiels: la réalisation de la nouvelle loi fédérale sur la procédure de consultation et la modification, dans l'esprit des communes, de la loi sur le marché de l'électricité.

Le Comité de l'Union des villes suisses remercie sincèrement l'Association des communes suisses de sa coopération loyale.

ORGANISATIONS

Décidée lors de la Journée des villes 2004, la révision de l'article 17 des statuts de l'Union – avec le nouvel ordre des commissions, des organisations spécialisées et des sections – s'est avérée judicieuse.

Commissions et groupes de travail: l'UVS met sur pied de tels pour le traitement de questions sectorielles.

Organisations spécialisées: celles-ci disposent d'un règlement, de finances et de structures propres. Elles ne sont pas autonomes du point de vue juridique. La conduite des affaires relève de l'UVS. Tel est le cas de l'Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED).

Sections: celles-ci sont des associations juridiquement autonomes disposant de propres compétences et structures. Dans leur domaine spécialisé, elles agissent en leur propre nom. La défense de positions politiques fondamentales et de questions de caractère général relève de l'UVS. Tel est le cas de l'*Initiative des villes: Politique sociale* et de la Conférence des directeurs de police des villes suisses.

Commissions, groupes de travail

Le **groupe de travail de statistique** a préparé la nouvelle conception des «Statistiques des villes suisses» et s'est penché sur le problème du recensement de la population 2010. La **Commission d'informatique** a traité du vote électronique et d'autres questions liées à la cyberadministration. Ces deux groupes ont examiné conjointement l'utilité de la participation de l'UVS à la banque de données Badac. A l'appui de ces travaux, le Comité a décidé de résilier le contrat de coopération avec la Badac.

L'UVS a mis sur pied le **groupe de travail e-geo.ch**. Celui-ci s'occupe de la réalisation du système d'information géographique au niveau communal et de la législation fédérale y relative.



Le **groupe spécialisé « Environnement »**, placé sous la conduite de l'ORED, s'est occupé notamment de la problématique des particules fines ainsi que de questions d'énergie et de développement durable.

ORED

L'Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED) a enregistré à nouveau en 2005 une augmentation de son effectif et compte 166 membres, dont de plus en plus de communes de petite taille. Les comptes 2005 de l'ORED se soldent par un bénéfice de 15 677 francs.

Le monopole du sel et l'approvisionnement des villes et des communes en sel d'épandage pour le service hivernal ont constitué des questions politiques importantes. Après l'hiver 2004/2005, marqué par des pénuries de sel, de nombreux membres ont jugé nécessaires de nouvelles mesures. Si, dans l'intervalle, les Salines du Rhin ont optimisé la situation de l'approvisionnement, la question du monopole du sel est désormais bel et bien politique. Les droits de monopole, qui renchérissent le sel, portent préjudice aux villes et communes.

Dans le domaine de l'élimination des déchets, l'ORED a substantiellement contribué à l'élaboration d'un contrat-cadre avec l'industrie du papier de récupération, afin de garantir aux villes et aux communes un prix minimal de reprise du papier usagé. A présent, ce contrat doit encore être soumis formellement à la Commission de la concurrence. Dans l'optique de la révision des Lignes directrices de la gestion des déchets en Suisse, l'ORED a fait part à la Confédération des mesures nécessaires selon l'échelon communal. Avec pour principale exigence, un financement uniforme et l'indemnisation des coûts occasionnés par la collecte sélective des déchets. Dans le cadre de la révision de la législation relative au marché de l'électricité, l'ORED soutient la position des exploitants d'usines d'incinération des ordures ménagères (UIOM), lesquels demandent une rémunération à hauteur des coûts pour la part de courant réinjecté à partir de l'incinération des déchets.

L'été dernier déjà, le groupe spécialisé « Environnement » a relevé la nécessité de prendre des mesures pour lutter contre la concentration des particules fines. Une enquête auprès des villes a révélé qu'elles procédaient à tout un éventail de mesures. Par ailleurs, il est apparu une approche très différente concernant le parc des véhicules: environ la moitié des villes répondent s'appuyer sur les directives légales lors de l'acquisition de véhicules, tandis que les autres exigent des mesures supplémentaires alignées sur l'évolution de la technique.

Lors d'une journée d'étude, le groupe de travail « Eaux usées » a présenté les possibilités d'utilisation de l'énergie issue des eaux usées et a fait le point de la situation concernant l'élimination des boues d'épuration.

Le cours « Gestion des déchets en Suisse », bien établi en Suisse alémanique, a été proposé pour la première fois, avec succès, aux membres de la Suisse romande. En outre, les cours de formation et de perfectionnement pour le personnel de la voirie ont été à nouveau bien fréquentés. De plus, l'ORED a fait paraître de nouvelles publications sur le maintien de la valeur des routes, l'acquisition de véhicules et appareils et sur la soumission d'offres pour les collectes de déchets.

Pour une information détaillée sur les activités de l'ORED, nous vous renvoyons à son Rapport de gestion, lequel est l'objet d'une publication séparée.

Section: Initiative des villes: Politique sociale

L'*Initiative des villes: Politique sociale* s'est surtout occupée en 2005 des dossiers de la révision de la loi sur l'asile, de la 5^e révision de la loi sur l'assurance invalidité, de l'introduction des nouvelles normes CSIAS, des allocations familiales. Lors de la conférence de printemps, l'*Initiative des villes: Politique sociale* s'est penchée de manière approfondie sur le problème du chômage des jeunes. Lors de celle d'automne, l'*Initiative des villes*, avec l'Union patronale suisse, a tenu une table ronde, réunissant représentants de l'écono-



mie et du domaine social, pour étudier conjointement les possibilités d'arriver à une meilleure (ré)insertion des prestataires d'aide sociale. La rencontre a suscité un large intérêt et a été couronnée d'un succès unanimement reconnu, ouvrant la voie à une collaboration plus étroite. En matière de politique sociale, l'année 2005 le montre toutefois clairement: le risque est grand que les réformes de la sécurité sociale (assurances chômage et invalidité, loi sur l'asile), fortement et promptement activées actuellement, grèvent financièrement l'aide sociale des villes et des communes. L'*Initiative des villes: Politique sociale* se félicite donc de pouvoir entretenir une coopération constructive et compétente avec l'UVS. Cette alliance a notamment permis, l'année passée, de mieux faire entendre la voix sociale des villes et des communes dans la capitale. Il est cependant très difficile d'obtenir des résultats positifs.

L'*Initiative des villes: Politique sociale* est dirigée par M. Ruedi Meier, conseiller municipal et directeur des affaires sociales de Lucerne (président depuis 2002), M^{me} Marianne Huguenin, conseillère nationale et conseillère municipale de Renens (vice-présidente depuis 2005), M^{me} Maja Ingold, conseillère municipale et directrice des affaires sociales de Winterthur (depuis 2002) et M^{me} Edith Olibet, conseillère municipale et directrice de la formation, des affaires sociales et du sport de la Ville de Berne (depuis 2005).

Section: Conférence des directeurs de police

La Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS) est une section de l'UVS depuis le 1^{er} janvier 2005. La CDPVS, présidée depuis avril 2002 par M^{me} Esther Maurer, conseillère municipale et directrice du Département de police de la ville de Zurich, a tenu son assemblée générale les 21 et 22 avril 2005 à Lausanne. Elle a en outre organisé le 8 septembre 2005 à Zurich la 3^e Conférence sur la sécurité urbaine, centrée sur le thème des problèmes et de la criminalité juvéniles. Vu le caractère interdisciplinaire du sujet, la manifestation, qui a rencontré un vif intérêt, a compté la participation également des responsables des écoles, de l'éducation et des affaires sociales, en plus des directeurs de police.

Avec l'entrée au comité de la CDPVS de M^{me} Roberta Pantani-Tettamanti, directrice de la police de la ville de Chiasso, les trois régions linguistiques du pays y sont à nouveau représentées.

PRESTATIONS DE SERVICE

Journées d'étude et d'information

Sur mandat de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA), l'UVS a organisé, le 25 janvier 2005, à Berne, la journée d'étude intitulée «La politique des agglomérations: une opportunité». Cette manifestation a suscité un vif intérêt auprès du public et des médias. Egalement dans le cadre de la CTA, une Conférence nationale sur l'intégration des étrangers a été organisée. L'UVS a organisé deux journées d'information consacrées au développement durable, en coopération avec l'Office fédéral du développement territorial (ARE) et la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement (DTAP).

Exposition «Suisse Public»

L'exposition suisse pour les collectivités publiques «Suisse Public» a été organisée avec succès en juin 2005 conjointement avec l'Association des communes suisses et BEAbern expo. Quelque 18000 personnes l'ont visitée. Les associations des villes et des communes y tenaient un stand commun.

Service-conseil en assurances

L'Association des communes suisses et l'Union des villes suisses disposent conjointement des prestations de conseil proposées par la société Trees SA. Les membres de l'UVS y font également appel.

Honoraire SIA

Comme de coutume, les recommandations en matière d'honoraire SIA ont été l'œuvre commune de la Conférence des services fédéraux de construction (CSFC), de l'Office fédéral des constructions et de la logistique, de la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement (DTAP) et de l'UVS. Les recommandations 2006 ont paru au début de l'année.

« Statistiques des villes suisses »

L'édition 2005 des « Statistiques des villes suisses » a paru sous une forme revue et une nouvelle mise en page. Elle présente les données de 140 villes et communes, dont 119 comptent plus de 10 000 habitants. A nouveau, elle a pu être publiée grâce au soutien de l'Office de la statistique de la Ville de Zurich.

« die stadt – les villes »

Depuis 2005, l'organe de l'Union « die stadt – les villes » paraît sous un habit plus jeune et est imprimé en quatre couleurs. Publication bilingue, tirée à quelque 2500 exemplaires, elle compte aussi comme public cible les décideurs du monde politique. « die stadt – les villes » a traité en 2005 notamment des thèmes suivants: trafic d'agglomération, relations Confédération – villes, agglomérations, réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches, chômage des jeunes, gestion des déchets, naturalisation, recensement de la population, développement territorial, politique sociale.

Internet

Le site internet de l'Union (www.staedteverband.ch) est régulièrement mis à jour et offre une large information sur l'UVS, ses structures, ses prestations, ses récents communiqués de presse et prises de position dans le cadre de la procédure de consultation, etc.

Service de documentation et d'enquêtes

De nombreux membres de l'Union ont recouru, comme d'ordinaire, à notre service de documentation et d'enquêtes. Le Secrétariat a mené des enquêtes notamment sur la protection contre le bruit le long des voies ferroviaires et sur les systèmes de conduite de projets.

STRUCTURE DE L'UNION

Journée des villes 2005

Quelque 200 délégués et invités ont pris part, les 2 et 3 septembre, à la Journée des villes 2005 qui a eu lieu à Winterthur. Représentant le Conseil fédéral, Christoph Blocher, chef du DFJP, a prononcé une allocution. En ouverture, Mme Petra Roth, première bourgmestre de Francfort, s'est exprimée sur le thème de la Journée « Les villes, témoins de l'évolution sociale ». Puis divers exposés ont été présentés sur la sécurité urbaine, la nouvelle pauvreté ainsi que l'intégration des étrangers. Lors de la conférence de presse tenue à cette occasion, l'UVS a dressé le bilan de la politique actuelle de la Confédération pour souligner les questions ouvertes dans les domaines du trafic d'agglomération, de la libéralisation du marché de l'électricité et de la politique d'asile.

Membres

Suite à l'adhésion de la ville d'Amriswil (TG), l'Union des villes suisses compte désormais 125 membres, qui représentent une population de plus de 3 millions d'habitants.

Comité

A la succession du président démissionnaire Heinz Christen, ancien syndic de Saint-Gall et à la tête de l'Union durant de nombreuses années, Marcel Guignard, maire d'Aarau et 1^{er} vice-président, a été élu lors de la Journée des villes 2005. En remplacement des membres sortants du comité Klaus Baumgartner, Berne; Hans Martin Tschudi, Bâle-Ville; ainsi que Heinz Christen, Saint-Gall, ont été élues les personnes suivantes: Alexander Tschäppät, Berne; Guy Morin, Bâle-Ville; Ernst Wohlwend, Winterthur. Pour la période d'exercice jusqu'en 2006, le comité est donc composé comme suit:

- Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident, Aarau (président)
- Daniel Brélaz, syndic, Lausanne (1^{er} vice-président)
- Dr. Elmar Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich (2^e vice-président)
- Christiane Feldmann-Reichen, Stadtpräsidentin, Murten
- Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident, Solothurn
- Bruno Heinzelmann, Stadtpräsident, Kloten
- Françoise Jeanneret, conseillère communale, Neuchâtel
- Fernand Mariétan, président, Monthey
- Dr. Guy Morin, Regierungsrat, Basel-Stadt
- Dott. Carla Speziali, Sindaco, Locarno
- Hans Stöckli, Stadtpräsident, Biel-Bienne
- Urs W. Studer, Stadtpräsident, Luzern
- Manuel Tornare, maire, Genève
- Alexander Tschäppät, Stadtpräsident, Bern
- Peter Vogt-Jourdan, Gemeindepräsident, Muttenz
- Ernst Wohlwend, Stadtpräsident, Winterthur

Secrétariat

M. Urs Geissmann, directeur et chargé de l'ensemble des affaires, s'occupe des domaines suivants: politique, relations publiques, formation et journées d'information. Il représente l'UVS dans les organes directeurs de l'ORED, de l'*Initiative des villes: Politique sociale*, de la Conférence des directeurs de police des villes suisses, et, en outre, au conseil d'administration de la société Trees SA de conseil en assurances.

M. Jean-Philippe von Arx est chargé des contacts avec la Suisse romande, de la rédaction de l'organe de l'Union «die stadt – les villes» ainsi que de la publication des «Statistiques des villes suisses».

M^{me} Barbara Santschi, collaboratrice à temps partiel attachée à la direction, s'occupe de dossiers de politique fédérale.

M^{me} Michelle Bart est chargée des affaires du secrétariat, de l'organisation des cours et manifestations.

M^{me} Gabriela Pieren, employée à temps partiel, est chargée de la comptabilité.

En terme d'emploi, l'effectif du secrétariat de l'UVS correspond à 380%.

M. Alexandre Bukowiecki est chargé des affaires de l'ORED. Il est secondé par M^{me} Nadja Bigler, secrétaire. En terme d'emploi, l'effectif du secrétariat de l'ORED correspond à 180%.

Comptes

Grâce à une gestion financière rigoureuse et de prestations de service, les comptes 2005 se soldent par un bénéfice de 93 981 francs – et ceci compte tenu d'une contribution extraordinaire de 25 000 francs versée à la Chaîne du Bonheur en faveur des victimes des graves intempéries survenues en Suisse.

Cotisations

Les cotisations actuelles, d'un montant inchangé de 26 cts./hab., sont calculées sur la base du recensement 2000 de la population.

Berne, avril 2006

N.B.: Traduction, la version en allemand fait foi

VERTRETUNGEN/ REPRÉSENTATIONS

Kommissionen SSV Commissions UVS

Kontrollstelle/ Contrôleurs

Alfred Neukomm, a. Gemeinderat, Hallau, Präsident
Kurt Bill, CEO Energie Wasser Bern, Bern
François Pasche, Secrétaire municipal, Lausanne
Elisabeth Sicher, Finanzkontrolle der Stadt Zürich

Arbeitsgruppe Statistik

Groupe de travail de statistique

W. Wittmer, Direktor Statistik Stadt Zürich, Präsident
M. Baster, Bevölkerungsstatistik Stadt Zürich
G. Brunner, Stadtentwicklung Stadt Winterthur
Dr. A. Knecht, Statistikdienste Stadt Bern
P. Laube, Leiter Statistisches Amt, Kanton Basel-Stadt
G. A. Paravicini, Vorsteher Amt für Statistik, Kanton Luzern
R. Rietschin, Office cantonal de la statistique, Genève
Ch. Roh, SCRIS, Lausanne
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband
J.-Ph. von Arx, Redaktor Schweiz. Städteverband

Arbeitsgruppe der städtischen Umweltschutz- fachstellen SSV/FES

Groupe de travail des services communaux chargés de la protection de l'environnement UVS/ORED

H. Künzle, Umweltfachstelle, St. Gallen, Präsident
W. Baehler, délégué à l'environnement, Lausanne
B. Bébié, Energiebeauftragter, Industrielle Betriebe, Zürich
U. Capaul, Stadtökologe, Schaffhausen
Dr. D. Christen, Stadtchemiker, Bern
Ch. Diez, Umweltbeauftragter, Thun
G. Dürrenberger, Forschungsstiftung ETH, Zürich
R. Flury von Arx, Umweltfachstelle, Olten
R. Hochuli, Umweltfachstelle, Aarau
E. Schmausser, Umweltschutzfachstelle, Winterthur
G. Schmid, Umweltschutz, Luzern
B. Trüssel, Amt für Umwelt, Zug
K. Tschanz, Umwelt- und Gesundheitsschutzamt, Zürich
A. Bukowiecki, Geschäftsführer FES

Informatik-Kommission

Commission d'informatique

P. Züllig, Leiter Zentrale Dienste, Baden, Präsident
P. App, Direktor VRSG, St. Gallen
R. Cotting, Chef de service inf., Fribourg
P. Imhof, Gemeindeschreiber, Wetzikon

Th. Jaquet, Chef ZV + PD, Schaffhausen
U. Jermann, Geschäftsleiter SIK/CSI, Basel
D. Kreuzer, Systemingenieur, Köniz
B. Landolt, Leiter Informatik, Emmen
G. Wuilleret, Chef SOI, Lausanne
B. Santschi, Adjunktin Schweiz. Städteverband

Arbeitsgruppe e-geo.ch

Groupe de travail e-geo.ch

Ch. Gees, Leiter GIS-Zentrum, Zürich, Präsident
U. Baumgartner, Stadtgeometer, St. Gallen
R. Conrad, Abteilungsleiter GI, Chur
Y. Deillon, chef du service du cadastre, Lausanne
M. Dellenbach, Abteilungsleiter GIS, Luzern
Ch. Früh, Stadtgeometerin, Bern
L. Hoffmann, concepteur du SITV, Genève
D. Kofmel, Stadtgeometer, Winterthur
O. Wolter, Stadtplanung, Schaffhausen
A. Wuwer, Projektleiter Planungsamt, Thun

Fachorganisationen SSV Organisations spécialisées UVS

Fachorganisation für Entsorgung und Strassen- unterhalt (FES)

Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED)

Präsident/Président: Gottfried Neuhold, Direktor ERZ, Zürich
Geschäftsführer/Secrétaire: Alexandre Bukowiecki, Bern

Sektionen SSV Sections UVS

Städteinitiative Sozialpolitik (SI)

Initiative des villes: Politique sociale (IV)

Präsident/Président: Ruedi Meier, Stadtrat, Luzern
Geschäftsführer/Secrétaire: Marcel Schuler, Luzern
Secrétariat Suisse latine: Philippe Meystre, Lausanne

Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD)

Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS)

Präsidentin/Présidente: Esther Maurer, Stadträtin, Zürich
Sekretariat/Secrétariat: Christina Beurret-Fehr, Zürich

Kommissionen des Bundes Commissions fédérales

Neuordnung Finanzausgleich

Nouvelle péréquation financière

- Politisches Steuerungsorgan:
Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Präsident SSV, Aarau
- Leitorgan:
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband
- Projektgruppe Lastenausgleich:
L. Berrisch, Departementssekretärin, Zürich
- Projektgruppe Agglomerationsverkehr:
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Eidg. Ausländerkommission

Commission fédérale des étrangers

L. Ruckstuhl, a. Stadträtin, St. Gallen

Konferenz der Bauorgane des Bundes

Conférence des services fédéraux de construction

P. Ess, Direktor Amt f. Hochbauten, Zürich

- Arbeitsgruppen:
S. Eberle, Fachstellenleiterin, Winterthur
- Fachgruppe Dienstleistungen Planer:
Th. Braun, Bereichsleiter Amt f. Hochbauten, Zürich

Arbeitsgruppe Teilrevision Vernehmlassungsrecht

Groupe de travail «Révision du droit sur la procédure de consultation»

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Informationsportal www.ch.ch

Portail d'information www.ch.ch

P. App, Direktor Verwaltungsrechenzentrum AG, St. Gallen

Beirat «Erwerbsunabhängige Steuergutschriften»

Groupe d'experts pour les crédits d'impôt indépendants du revenu

M. Ingold, Stadträtin, Winterthur

Steuerungsgruppe «Mobility Pricing»

Comité de pilotage «Mobility Pricing»

Dr. U. Geissmann, Direktor Städteverband

Arbeitsgruppe «Vote électronique»

Groupe de travail «Vote électronique»

M. Bietenhard, Stadtschreiber, Thun

P. Kreuzer, Leiter Informatik, Köniz-Muri

Arbeitsgruppe «Finanzstatistik»

Groupe de travail «Statistique financière»

W. Wittmer, Direktor Statistik Stadt Zürich

Begleitkommission Langsamverkehrsstatistik

Commission d'accompagnement de la statistique «mobilité douce»

Dr. W. Troxler, Statistik Stadt Zürich

Schweizerische Organisationen Organisations suisses

Schweizerischer Zivilschutz-Fachverband der Städte

Association professionnelle suisse de la protection civile des villes

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Konferenz der Schweizer Städte für Kulturfragen

Conférence des villes suisses en matière culturelle

J.-Ph. von Arx, Redaktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Informatikkonferenz (Vorstand)

Conférence suisse sur l'informatique (comité)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (Patronatskomitee)

Société suisse des sciences administratives

(comité de patronage)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Tripartite Agglomerationskonferenz

Conférence tripartite sur les agglomérations

Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Präsident SSV, Aarau

D. Brélaz, syndic, Lausanne

Dr. E. Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich

H. Stöckli, NR, Stadtpräsident, Biel

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren

Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales

R. Meier, Stadtrat, Luzern (Vorstand)

Dr. M. Hohn, Vorsteher Fürsorgeamt, Bern

Städtische Steuerkonferenz Schweiz

Conférences des villes suisses sur les impôts

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband



eCH

G. Wuilleret, Chef SOI, Lausanne
P. Züllig, Leiter Zentrale Dienste, Baden

Schweizerischer Verband der Einwohnerkontrollen *Association suisse des contrôles des habitants*

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz

Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement

M. Waser, Stadtrat, Zürich (Vorstand)

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs

Conférence des directeurs cantonaux des transports publics

V. Heller, Stadträtin, Schaffhausen (Vorstand)

Internationale Organisationen *Organisations internationales*

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux du Conseil de l'Europe

D. Ghisletta, Vizestadtpräsident, Bellinzona
Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Aarau

Schweizerische Vereinigung für den Rat der Gemeinden Europas (Vorstand)

Association suisse pour le Conseil des communes d'Europe (comité)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Eidgenössische Parlamentariergruppe « Kommunalpolitik » *Groupe parlementaire « Politique communale »*

Vorstand/ Comité

B. Banga, Nationalrat, Grenchen, Präsident
V. Amherd, Nationalrätin, Brig-Glis
D. Berberat, conseiller national, La Chaux-de-Fonds
K. Fluri, Nationalrat, Solothurn
U. Haller, Nationalrätin, Thun
H. U. Mathys, Nationalrat, Holzlikon
H. Germann, Ständerat, Opfertshofen
Dr. U. Geissmann, Direktor Städteverband

ERFOLGSRECHNUNG / COMPTES D'EXPLOITATION 2005

Ertrag / Revenus

Mitgliederbeiträge / Cotisation des membres	780 832.00
Zinsen / Intérêts	8 924.75
Tagungen / Journées d'étude	30 427.75
Ausstellung «Suisse Public» / Exposition «Suisse Public»	132 806.20
«die stadt – les villes»	79 616.65
«Statistik der Schweizer Städte» / «Statistiques des villes suisses»	1 696.50
Verwaltungskosten FES + Städteinitiative / Administration ORED + Initiative des villes	217 000.00
Übriger Ertrag / Autre revenu	4 077.35

Total Ertrag / Total des revenus **1 255 381.20**

Aufwand / Charges

Sachaufwand / Dépenses générales

Städtetag / Journée des villes	14 302.25
Sitzungen und Reisen / Séances et voyages	14 960.95
Tripartite Agglomerationskonferenz / Conference tripartite sur les agglomérations	12 785.75
Tagungen / Journées d'étude	27 230.60
Ausstellung «Suisse Public» / Exposition «Suisse Public»	17 595.50
«die stadt – les villes»	95 837.25
«Statistik der Schweizer Städte» / «Statistiques des villes suisses»	13 139.45
Diverse Kosten (Fremdarbeiten) / Frais divers (travaux de tiers)	1 210.75
Miete, Mietnebenkosten Florastrasse / Loyer, Charges de loyer Florastrasse	55 178.55
Anschaffungen / Acquisitions	9 869.50
Erneuerung EDV / Renouvellement TED	8 079.70
U/R Allgemein / Büromaschinen / EDV / E/R général / Appareils de bureau / TED	19 032.00
Porti, Telefon / Ports et téléphones	13 114.65
Büromaterial, Drucksachen / Fournitures de bureau, imprimés	9 605.45
Bibliothek, Zeitungen / Journaux, livres	14 481.00
Kontrollstelle / Organe de contrôle	4 104.85
Revision Buchhaltung, Beratung extern / Contrôle des comptes hors services	4 101.20
Verschiedene Sachkosten / Dépenses diverses	4 378.80
Beiträge an Organisationen / Cotisations à diverses organisations	6 641.70
Spende Unwetter Schweiz / Contrib. «intempéries»	25'000.00
Total Sachaufwand / Total Dépenses générales	370 649.90

Personalaufwand / Frais de personnel

Löhne / Salaires	640 828.10
Aushilfslöhne / Salaires auxiliaires	15 626.70
Sozialleistungen / Charges sociales	119 538.60
Übrige Personalkosten / Autres frais	14 756.90
Total Personalaufwand /	
Total Frais de personnel	790 750.30

Total Aufwand / Total des charges **1 161 400.20**

Reingewinn / Bénéfice net 2005 **93 981.00**

1 255 381.20

VERMÖGENSRECHNUNG / DÉTAIL DE LA FORTUNE 31.12.2005

Aktiven / Actifs

Umlaufvermögen / Actifs circulants

Flüssige Mittel / Liquidités

Kasse / Caisse	546.15
Postkonto / Compte de chèques	84 547.15
Banken / Banques	25 672.25
Geldanlage / Placements	699 968.00
Total Flüssige Mittel / Total Liquidités	810 733.55

Forderungen / Créances

aus Lieferungen und Leistungen / pour fournitures et prestations	136.95
Total Forderungen / Total Créances	136.95

Übriges Umlaufvermögen / Autres actifs circulants

Verrechnungssteuer / Impôts anticipés	78.70
FES / ORED Bern, Kto.-Krt.	1 052.55
Aktive Rechnungsabgrenzung / Actifs transitoires	16 626.20
Total übr. Umlaufvermögen /	
Total Autres actifs circulants	17 757.45

Total Umlaufvermögen / Total Actifs circulants 828 627.95

Anlagevermögen / Actifs immobilisés

Sachanlagen / Immobilisations corporelles

Mobiliar / Mobilier	1.00
OKS-Signet	1.00
Total Sachanlagen / Total Immobilisations corporelles	2.00

Total Anlagevermögen / Total Actifs immobilisés 2.00

BILANZSUMME / BILAN 828 629.95

Passiven / Passifs

Fremdkapital / Fonds étrangers

Kurzfristige Verbindlichkeiten / Engagements à court terme

aus Lieferungen und Leistungen / pour fournitures et prestations	20 322.80
Passive Rechnungsabgrenzung / Passifs transitoires	29 243.60
Total kurzfr. Verbindlichkeiten /	
Total Engagements pour fourniture et prest.	49 566.40

Rückstellungen / Provisions

Ausgleichsreserve Pensionskasse / Réserve d'égalisation Caisse de pension	70 000.00
Schulung / Formation	11 000.00
«die Stadt – les villes»	40 000.00
Total Rückstellungen / Total Provisions	121 000.00

Total Fremdkapital / Total Fonds étrangers 170 566.40

Eigenkapital / Fonds propres

Vermögen / Fortune 31.12.05	658 063.55
Total Eigenkapital / Total Fonds propres	658 063.55

Total Eigenkapital / Total Fonds propres 658 063.55

BILANZSUMME / BILAN 828 629.95

Eventualverpflichtungen FES (per 31.12.2005; ohne SSV/OKS)

Obligations éventuelles envers l'ORED (au 31.12.2005; sans UVS/OKS)

5 197.10



BERICHT DER REVISIONSSTELLE

an die Mitgliederversammlung des Schweizerischen Städteverbandes

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) des **Schweizerischen Städteverbandes** für das am **31. Dezember 2005** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten. Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Revisionsstelle:

sign. A. Neukomm K. Bill F. Pasche E. Sicher

Bern, 6. April 2006

SSV-MITGLIEDER/ MEMBRES DE L'UVS

Aarau	Illnau-Effretikon	Payerne	Wohlen AG
Aesch BL	Ittigen	Peseux	Worb
Altdorf UR	Jona	Prilly	Yverdon-les-Bains
Altstätten	Kloten	Pully	Zofingen
Amriswil	Köniz	Rapperswil SG	Zollikon
Appenzell	Kreuzlingen	Regensdorf	Zuchwil
Arbon	Kriens	Renens	Zug
Arosa	Küsnacht ZH	Rheinfelden	Zürich
Baar ZG	La Chaux-de-Fonds	Riehen	
Baden	La Neuveville	Romanshorn	
Basel	La Tour-de-Peilz	Rorschach	
Bellinzona	Lancy	Schaffhausen	
Bern	Langenthal	Schlieren	
Biel/Bienne	Lausanne	Schwyz	
Binningen	Le Locle	Sierre	
Brig-Glis	Lenzburg	Sion	
Buchs SG	Liestal	Solothurn	
Bülach	Locarno	Spiez	
Bulle	Lugano	St. Gallen	
Burgdorf	Luzern	St. Moritz	
Carouge	Lyss	Stäfa	
Cham	Martigny	Stans	
Chiasso	Meyrin	Steffisburg	
Chur	Monthey	Sursee	
Davos	Montreux	Thalwil	
Delémont	Morges	Thônex	
Dietikon	Moutier	Thun	
Dübendorf	Münchenstein	Uster	
Emmenbrücke/Emmen	Münsingen	Uzwil	
Frauenfeld	Murten	Vernier	
Freienbach/Pfäffikon	Muttenz	Versoix	
Fribourg	Neuchâtel	Vevey	
Genève	Neuhausen a. Rheinfall	Volketswil	
Glarus	Nidau	Wädenswil	
Gossau	Nyon	Wallisellen	
Grenchen	Olten	Wettingen	
Herisau	Onex	Wetzikon ZH	
Horgen	Opfikon	Wil SG	
Horw	Ostermundigen	Winterthur	